

BGE 71 II 132

Bundesgericht (BGE), 1945-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_71_II_132

FR: ATF 71 II 132

IT: DTF 71 II 132

Volltext

132 Familienrecht. N° 29. entendait denier le caractère d'une action touchant à l'état civil dans le sens de l'art. 8 de la loi de 1891. 3. - Le juge suisse étant incompétent pour statuer sur l'action de la demanderesse, il n'y a pas à se demander s'il n'y aurait pas lieu de renvoyer à mieux agir du fait qu'un même procès serait pendant devant un autre tribunal étranger. Le Tribunal fédéral prononce : Le recours est admis et le jugement attaqué réformé en ce sens que les conclusions de la demande exceptionnelle présentées par le recourant à la Cour civile du Tribunal cantonal vaudois le 14 juillet 1942 sont admises.

29. Urteil der 11. Zivilabteilung vom 14. Juni 1940 i. S. Sütterlin-Zöllig gegen Sütterlin. Vereinbarung über die Scheidungsfolgen (Art. 158 Ziff. 5 ZGB) : Erfordernis der gerichtlichen Genehmigung auch beim Abschluss während der Appellationsfrist. Zulässigkeit der freiwilligen Anerkennung nach Prozessende. Die zeitliche Begrenzung der Rentenansprüche gemäss Art. 153 Abs. 1 ZGB schliesst eine abweichende Vereinbarung nicht aus (Art. 19 und 20 OR). Lebensversicherung: Begünstigung mit Verzicht auf den Widerruf (Art. 77 Abs. 2 WG). Anfechtung des Grundgeschäftes. Convention au sujet des effets rétroactifs du divorce (Art. 158 ch. 5 CC): Exigence de la ratification par le juge, même en cas de conclusion pendant le délai d'appel. Admissibilité de la reconnaissance volontaire après la fin du procès. La cessation du droit à la rente, prévue à l'art. 153 al. 1er CC, n'exclut pas une convention contraire (Art. 19 et 20 CO). Assurance sur la vie. Stipulation d'une clause bénéficiaire avec renonciation à la révocation (Art. 77 al. 2 LCA). Contestation de la validité de la convention originaire. Convenzione sulle conseguenze retroattive del divorzio (art. 158, cifra 5 CC). È necessaria l'approvazione del giudice anche se la convenzione è stata conclusa durante il termine di appello. Ammissibilità del riconoscimento volontario dopo ultimato il processo. La cessazione del diritto alla rendita prevista dall'art. 153 cp. I CC non esclude un patto contrario (art. 19 e 20 CO). Assicurazione sulla vita. Stipulazione d'una clausola di beneficiario con rinuncia alla revoca (art. 77 cp. 2 LA). Contestazione della convenzione di base. Familienrecht. N° 29. 133 A. - Das Bezirksgericht Zürich schied am 29. August 1934 die Ehe der Parteien nach zwölfjähriger Dauer und genehmigte eine am gleichen Tag abgeschlossene Vereinbarung über die Nebenfolgen. Darnach war der Beklagte verpflichtet, der Klägerin eine Monatsrente von Fr. 600.- und zudem einen monatlichen Wohnungskostenbeitrag von Fr. 200.- zu zahlen, beides « auf Lebenszeit oder bis zu einer allfälligen Wiederverheiratung ». Vorbehalten wurde ausdrücklich eine « später abzuschliessende Sondervereinbarung in einem Frau Sütterlin begünstigenden Sinne ». B. - Eine solche Sondervereinbarung, datiert vom 20. September 1934, sieht vor, dass der Beklagte die erwähnten Leistungen, jedoch nur zur Hälfte, auch nach einer allfälligen Wiederverheiratung der Klägerin zu erbringen haben werde, und dass die Leistungen, wenn sich eine solche zweite Ehe aus irgendwelchem Grunde auflösen sollte, wieder im ursprünglichen Umfange aufleben werden. Ferner « zediert » der Beklagte der Klägerin

laut der Sondervereinbarung zwei Lebensversicherungs- policen von Fr. 20,000.- und Fr. 25,000.- mit einer auf die Klägerin lautenden Begünstigung. O. - Das Scheidungsurteil war den Parteien am 17. Sep- tember 1934 zugestellt worden. Von da an lief die Appel- lationsfrist von zehn Tagen. Sie blieb unbenutzt; das Urteil des Bezirksgerichtes erwuchs in Rechtskraft, und zwar nach § 103 der zürcherischen ZPO rückwirkend auf den Tag der Ausfällung. In der Sondervereinbarung (oben B) war bemerkt, sie stelle einen Nachtrag zur gerichtlich genehmigten Verein- barung vom 29. August 1934 dar, die Parteien halten sich daran moralisch und rechtlich gebunden und seien jeder- zeit bereit, auf Begehren der einen Partei die gerichtliche Genehmigung zu beantragen. Das geschah dann nicht, doch hielt sich der Beklagte an die Sondervereinbarung, als sich die Klägerin im Früh- jahr 1935 wieder verheiratete. Er setzte diese auch verein- 134 Familienrecht. N° 29. baru,ngsgemäss in zwei von ihm abgeschlossenen Lebens- versicherungsverträgen unwiderruflich als Begünstigte ein und übergab ihr die Policen. Die heiden ursprünglich vor- gesehene Policen wurden im Einverständnis der Parteien durch andere ersetzt, in Beträgen von Fr. 20,000.- und Fr. 5000.-. D. - Im Jahre 1937 kamen die Parteien mündlich überein, die monatlichen Rentenleistungen des Beklagten für die Zukunft auf Fr. 200.- zu ermässigen. Fortan leistete der Beklagte monatlich in der Regel diesen Betrag. Dabei blieb es auch nach der im Dezember 1937 erfolgten Scheidung der zweiten Ehe der Klägerin. Mit dem Monat September 1941 hörte indessen der Beklagte mit den Rentenzahlungen auf. E. - Im Mai 1942 forderte die Klägerin mit der vor- liegenden Klage Fr. 33,370.- Rentenleistungen für die Zeit seit L Januar 1938 nach, gemäss den in der Sonder- vereinbarung vom 20. September 1934 vorgesehenen Be- trägen, unter Abzug der erhaltenen Leistungen. Der Beklagte verneinte jegliche Nachzahlungspflicht. Wider- klageweise beantragte er, die Sondervereinbarung sei als nichtig oder für ihn unverbindlich zu erklären und die Klägerin zur Aushändigung der zwei Lebensversicherungs- policen zu verurteilen ; eventuell seien wenigstens die in der Sondervereinbarung vorgesehenen Rentenverpflich- tungen als nichtig oder unverbindlich zu erklären; sub- eventuell: sie seien wegen Unvermögens aufzuheben. Daneben verlangte er die Anrechnung noch weiterer als der von der Klägerin berücksichtigten Leistungen. In der Replik erweiterte die Klägerin ihr Begehren dahin, dass die gerichtliche Genehmigung der Sondervereinbarung nötigenfalls im vorliegenden Prozess nachzuholen oder dieser Prozess bis zur Durchführung eines besonderen Genehmigungsverfahrens einzustellen sei. F. - Beide kantonalen Instanzen wiesen die Klage auf Nachzahlung von Renten ab. Die Klage war in oberer Instanz gemäss der mündlichen Vereinbarung vom Jahre Familienrecht. N0 29. 135 1937 (oben D) auf Fr. 1600.- ermässigt worden; entspre- chend den gänzlich ausgebliebenen Renten von je Fr. 200.- in den acht letzten Monaten vor Einreichung der Klage. Die Widerklage wurde vom Bezirksgericht ganz, vom Obergericht nur teilweise gutgeheissen. Das Obergericht sah wie das Bezirksgericht die Sondervereinbarung vom 20. September 1934 mangels der in Art. 158 Ziff. 5 ZGB vorgeschriebenen gerichtlichen Genehmigung als nichtig an. Die Begünstigung der Klägerin in den zwei Lebens- versicherungsverträgen stellte dagegen eine- bereits ge- troffene Verfügung dar. Diese Zuwendung könne nur mit Bereicherungsklage zurückgefordert werden, was aber wegen der von der Klägerin geltend gemachten Verjährung nicht mehr angehe.· Insoweit wurde die Widerklage abge- wiesen. G. - Gegen das Urteil des Obergerichts des Standes Zürich vom 23. Januar 1945 legten beide Parteien Berufung an das Bundesgericht ein : die Klägerin mit dem Antrag auf Gutheissung der Klage im- aufrechterhaltenen Betrag von Fr; 1600.-, der Beklagte mit dem Antrag auf gänz- liche Gutheissung der Widerklage. Das Bunde8gericht zieht in Erwägung

: L - Vereinbarungen über die Nebenfolgen der Ehescheidung bedürfen nach Art. 158 Ziff. 5 ZGB zu ihrer Rechtsgültigkeit der Genehmigung durch den Richter. Solche Genehmigung ist nach ständiger Rechtsprechung nicht erforderlich für Vereinbarungen, die erst nach rechtskräftiger Beendigung des Scheidungsprozesses über Vermögensleistungen des einen an den andern Ehegatten getroffen werden (BGE 47 II 243, 67 II 6). Die Klägerin meint, demnach sei auch die vorliegende Sondervereinbarung nicht genehmigungsbedürftig. Das Datum des 20. September 1934 falle auf die Zeit nach rechtskräftiger Scheidung, nachdem mangels Appellation das erstinstanzliche Urteil rückwirkend auf den . Tag der Ausfällung rechtskräftig geworden sei (oben C). übrighens sei beim 136 Familienrecht. N° 29. Abschluss der Vereinbarung zugleich auf Appellation verzichtet worden. Der Beklagte behauptet demgegenüber, die Sondervereinbarung sei auf den 20. September 1934 nachdatiert, in Wirklichkeit aber schon vor dem erstinstanzlichen Urteil abgeschlossen worden. Die Vorinstanz erachtet weder den gleichzeitigen Verzicht auf Appellation noch andererseits den frühern Abschluss der Sondervereinbarung als bewiesen. Mit Recht hält sie aber dafür, dass die gesetzliche Fiktion der mit Ausfällung des erstinstanzlichen Urteils eingetretenen Rechtskraft das Erfordernis der gerichtlichen Genehmigung nicht aufzuheben vermag. Sie weicht damit von einer frühem Entscheidung des zürcherischen Obergerichtes ab (Blätter für zürcherische Rechtsprechung 35 Nr. 137). In der Tat kommt es auf die Verhältnisse beim Abschluss' der Vereinbarung an und kann nicht auf eine nachträgliche Rückbeziehung der Rechtskraft abgestellt werden. Daran würde auch ein beim Abschluss der Sondervereinbarung zugleich erfolgter Verzicht auf Weiterziehung nichts ändern. Die gerichtliche Genehmigung ist zum Schutze der Parteien vorgeschrieben. Sie muss diesen Zweck auch noch während des Laufes einer Weiterziehungsfrist, ebenso wie während bereits hängiger Weiterziehung, erfüllen können. Gerade der bisweilen mit der Vereinbarung verbundene Verzicht auf Weiterziehung kann durch übermässige Verpflichtungen erkaufte sein, und der andern Partei kann der Verzicht nicht auf die Gefahr einer Verwerfung der Vereinbarung durch den Richter zugemutet werden. Damit ist freilich auch gesagt, dass eine solche während noch offener oder bereits hängiger Weiterziehung geschlossene Vereinbarung der Gefahr des Scheiterns mangels gerichtlicher Genehmigung ausgesetzt ist. Das ist aber, entgegen der erwähnten zürcherischen Entscheidung, kein Grund, vom Genehmigungserfordernis abzusehen. Das liefe auf eine dem Art. 158 Ziff. 5 ZGB widersprechende Preisgabe des richterlichen Schutzes der Parteien hinaus. Diese Vorschrift lässt sich denn auch ohne Gefährdung berechtigter Familienrecht. N0 29. 137 Interessen handhaben. Will eine Partei an sich das erstinstanzliche Scheidungsurteil weiterziehen, und ist sie zum Verzicht darauf nur bei gültigem Zustandekommen einer Vereinbarung bereit, so mag sie die Weiterziehung vorsorglich einlegen oder, wenn dies schon geschehen ist, aufrecht erhalten und den Rückzug nur für den Fall erklären, dass die Vereinbarung genehmigt wird. Damit kommt sie nach Treu und Glauben dem etwa als Bedingung der Vereinbarung aufgestellten Verzicht auf Weiterziehung nach, ohne das erstinstanzliche Urteil auch bei Verwerfung der Vereinbarung gelten lassen zu müssen. 2. - Die gerichtliche Genehmigung wäre freilich nicht notwendig gewesen, wenn beim Abschluss der Vereinbarung ein nicht weiterziehbares und daher schon rechtskräftiges Urteil vorgelegen hätte. Man möchte versucht sein, diesen Sachverhalt anzunehmen, weil das Bezirksgericht die Begehren beider Parteien zugesprochen hatte, also keine Partei durch das Urteil beschwert war. Die Vorinstanz nimmt aber nicht diesen Standpunkt ein. Das kantonale Prozessrecht kann denn auch, insbesondere in Ehescheidungsfällen, eine Weiterziehung sehr wohl ohne

Rück- sichts auf das Vorliegen einer Beschwer zulassen, sei es zur nachträglichen Erweiterung der Rechtsbegehren, sei es zur Anbahnung einer Versöhnung und eines Rückzuges der Scheidungsklage. 3. - Für den Fall, dass die gerichtliche Genehmigung notwendig war, weist die Klägerin auf den in der gericht- lich genehmigten Hauptvereinbarung vom 29. August 1934 enthaltenen Vorbehalt der später abzuschliessenden Son- dervereinbarung hin. Sie meint, dieser Vorbehalt werde von der Genehmigung erfasst. Damit habe das Bezirks- gericht es den Parteien anheimgestellt, die nähern Bedin- gungen « in einem die Klägerin begünstigenden Sinne» festzusetzen. Solches Gewährenlassen steht indessen mit der gerichtlichen Genehmigungspflicht nach Art. 158 Ziff. 5 ZGB in Widerspruch. Es ist auch nicht wohl anzu- nehmen, das Bezirksgericht habe die nähern Bestimmungen 138 Familienrecht. N° 29. der vorgesehenen Sondervereinbarung der gerichtlichen Genehmigung entziehen wollen. Das mag indessen auf sich beruhen; ebenso die" Frage, ob die Genehmigung jetzt noch, jahrelang nach Abschluss des Scheidungsprozesses, nachgeholt werden könnte, wie dies die Klägerin eventuell beantragt. Denn die Sondervereinbarung ist seit Prozess- beendigung durch freiwillige Anerkennung gültig geworden. Die Möglichkeit einer solchen Anerkennung mit verbind- licher Wirkung ist vom Bundesgericht bereits bejaht wor- den (BGE 64 II 63). Der Beklagte meint, dies sei nach der Lehre von den nichtigen Rechtsgeschäften nicht angängig. Er beruft sich auf § 141 des deutschen BGB u,nd Art. 1338 des französischen Code civil. Jene Entscheidung ist auch in der Literatur kritisiert worden (Zeitschrift des berni- schen Juristenvereins 75 S.541). Das veranlasst zu erneu- ter Prüfung. Das Ergebnis bleibt indessen unerschüttert. Freilich folgt daraus, dass Vereinbarungen über Vermö- gensleistungen des einen an den andern Ehegatten auf Lebenszeit nach beendigem Scheidungsprozess keiner gerichtlichen Genehmigung bedürfen, nicht ohne weiteres die Verbindlichkeit einer freiwilligen Anerkennung, wie sie hier in Frage steht. Werden solche Vereinbarungen nicht in den Formen des Prozessrechtes getroffen, wie immer, wenn sie dem Gerichte nicht vorgelegt werden, und ebenso beim Abschluss nach beendigtem Prozesse, so ist dafür die schriftliche Form zu verlangen, zumal in analoger Anwendung von Art. 517 OR. Es fragt sich daher, ob die freiwillige Anerkennung einer vor Prozessende getroffenen solchen Vereinbarung nicht auch in schriftlicher Form erfolgen müsse. Dagegen liesse sich jedenfalls nichts her- leiten aus der Möglichkeit der Anerkennung eines hinken- den Rechtsgeschäftes durch die beim Abschluss nicht voll handlungsfähig gewesene Partei nach erlangter voller Handlungsfähigkeit (sofern die andere Partei noch gebu,n- den ist). Denn gerade eine solche Anerkennung ist, wenn das Gesetz für das betreffende Rechtsgeschäft zum Schutz der Vertragschliessenden eine besondere Form vorschreibt, Familienrecht. N0 29. 139 in diese Form zu kleiden (BGE 54 II 82). Allein eine, wie hier, ohne gerichtliche Genehmigung noch während hän- gigen Scheidungsprozesses geschlossene Vereinbarung ist eben kein hinkendes Rechtsgeschäft. Einerseits ist sie weder für die eine noch die andere Partei « rechtsgültig », andererseits aber auch nicht etwa einseitig widerruflich (BGE 60 II 169). Vor allem ist sie beidseitig von hand- lungsfähigen Personen abgeschlossen. Die Schutzvor- schrift des Art. 158 Ziff. 5 ZGB will hie~an nichts ändern. Die hier beim Abschluss der Vereinbarung beobachtete Schriftform konnte angesichts der Handlungsfähigkeit bei- der Parteien ihren Zweck völlig erfüllen. Es ist nicht not- wendig, sie bei der freiwilligen Anerkennung der Verein- barung nach Prozessende zu wiederholen. Diese Aner- kennung ist, nachdem die Parteien des gerichtlichen Schutzes nicht mehr bedürfen, an keine Form gebunden. Sie kann wirksam auch durch konkludentes Handeln erfolgen. Indem sich der Beklagte während der zweiten Ehe der Klägerin an die Sondervereinbarung hielt und sich

dann im Jahre 1937 mit ilir noch ausdrücklich, wenn auch nur mündlich, über den Betrag der künftigen Monatsleistungen einigte, hat er, wenigstens nun im letztem Betrage, die Sondervereinbarung eindeutig anerkannt. Ob nur eine in Kenntnis der Ungültigkeit erfolgte Anerkennung verbindlich sein könne (was auf Bedenken stösst, vgl. BGE 52 II 65 oben), kann dahingestellt bleiben. Aus den Ausführungen der Duplikschrift, auf welche die Vorinstanz hinweist, ergibt sich, dass der Beklagte, wenn nicht schon zuvor, so doch bei der im Jahre 1937 getroffenen mündlichen Vereinbarung über die Rechtslage aufgeklärt war.

5. - Vom Erfordernis der Genehmigung abgesehen, sieht der Beklagte einen Nichtigkeitsgrund darin, dass die Verpflichtung zu Renterleistungen nach Eingehung einer neuen Ehe der Klägerin gegen Art. 153 Abs. 1 ZGB verstosse. Wie es aber den Parteien grundsätzlich überhaupt freisteht, durch Vereinbarung weitergehende Leistungen . 140 Familienrecht. N° 29. zu übernehmen, als ihnen nach den gesetzlichen Vorschriften von Art. 151 ff. ZGB auferlegt werden könnten, so ist auch die Begrenzung der Rentenleistungen in Art. 153 Abs. 1 ZGB nicht zwingenden Rechtes. Aus dem Gesichtspunkt der öffentlichen Ordnung drängt sich nur der Vorbehalt auf, dass solche vertragliche Verpflichtungen, wie sie der Beklagte hier eingegangen ist, nach Abschluss einer neuen Ehe der andern Partei der Revision durch den Richter auf Begehren des Pflichtigen unterliegen. Hier ist aber seinerzeit ein solches Begehren nicht gestellt worden, sondern die Parteien haben sich, wie erwähnt, während der zweiten Ehe der Klägerin gütlich auf eine Ermässigung der Rentenleistungen geeinigt. Endlich meint der Beklagte, speziell die Verpflichtung zu Renten auch nach Auflösung einer zweiten Ehe der Klägerin verstosse gegen die guten Sitten ; denn sie stelle sich als Aufmunterungsprämie für ehewidriges Verhalten dar und sei daher nach Art. 20 OR nichtig. Auch dies trifft nicht grundsätzlich und von vornherein zu, und dass es sich nach den tatsächlichen Verhältnissen die Ses Falles so verhalte, ist nicht dargetan.

6. - Der Beklagte behauptet endlich Unverbindlichkeit der Sondervereinbarung, weil er sich zu solch « exorbitanten Leistungen » nur infolge von Drohungen der Klägerin bereit gefunden habe. Diese habe ihm nämlich gedroht, sie werde den Ehemann seiner früheren Geliebten über die betreffenden Beziehungen aufklären. Die Vorinstanz hat dies, angesichts der von ihr ohnehin angenommenen Ungültigkeit der Sondervereinbarung, ungeprüft gelassen. Es bedarf auch keiner weiteren Abklärung~ nachdem die behauptete Furcht den Beklagten jedenfalls bei der mündlichen Einigung vom Jahre 1937 nicht mehr in der Handlungsfreiheit behindert hat. Verlangte er doch damals nach den Duplikvorbringen zunächst die gänzliche Annullierung der Sondervereinbarung, um dann infolge von Verhandlungen unter Mitwirkung des gemeinsamen Anwaltes zu ermässigten Leistungen Hand zu bieten. Nur Familienrecht. N0 29. 141 diese Leistungen aber bilden Gegenstand der Klageforderung.

7. - Das führt jedoch nicht ohne weiteres zu deren Gutheissung. Vielmehr sind noch die weiteren Einwendungen des Beklagten zu prüfen, wonach auf die Klageforderung gewisse von ihm erbrachte Leistungen anzurechnen seien (Ziff. I, 6 der Antwort- und Ziff. 6 der Duplikschrift), und wonach eventuell die Leistungspflicht wegen Unvermögens im Sinne von Art. 153 Abs. 2 ZGB dahingefallen sei. Dazu bedarf es tatsächlicher Feststellungen, weshalb die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen werden muss.

8. - Was das Widerklagebegehren um Aushändigung der zwei Lebensversicherungspolice n betrifft, will der Beklagte und Widerkläger nicht gelten lassen, dass es sich um eine nach Art. 67 OR verjährte Bereicherungsklage handle. Er meint, nach der neuern Rechtsprechung seien die Policen wegen der von ihm geltend gemachten Nichtigkeit oder Unverbindlichkeit des Grundgeschäftes, eben der Sondervereinbarung vom 20. September 1934, gar nicht gültig Eigentum der Klägerin

geworden (BGE 55 II 302) ; sein Begehren sei daher als Vindikation aufzufassen. Diese Betrachtungsweise geht fehl. Die Übergabe der bei den Policen gehörte zum Vollzug der unwiderruflichen Begünstigung der Klägerin (Art. 77 Abs. 2 VVG). Das Grundgeschäft ging nicht auf Verschaffung des Eigentums an sich, sondern auf Begründung der unwiderruflichen Begünstigung. Dementsprechend hat auch das Widerklagebegehren auf Herausgabe der Policen die Aufhebung dieser Begünstigung, also des Besitztitels der Klägerin, zur Voraussetzung. Diese Aufhebung aber ist keine Vindikation. Ist sie als Bereicherungsanspruch zu beurteilen (so JAEGGER, zu Art. 76 VVG N. 11), so ist Verjährung eingetreten und die Klägerin daher im Besitz der Policen zu schützen. Freilich liegt keine gewöhnliche Bereicherungsklage auf Leistung vor. Aber ganz gleichgültig, ob die Bereicherungs- 142 Familienrooth. N° 30. Grundsätze überhaupt auf solche Begehren um Aufhebung einer unwiderruflichen Begünstigung in Versicherungsverträgen anwendbar sind" ist das Begehren im vorliegenden Falle nach den vorausgehenden Erwägungen unbegründet; es fehlt also an einer Voraussetzung des Herausgabeanspruches. Das Grundgeschäft, die Sondervereinbarung, ist, wie dargetan, weder nichtig noch für den Beklagten unverbindlich. Insbesondere hat er auch die Begünstigung der Klägerin seit 1937, also seitdem er in seinem Handeln auf jeden Fall nicht mehr durch Furcht behindert war, bestehen lassen, weiterhin die Prämien zugunsten der Klägerin bezahlt und ihr am 22. März /7. April 1938 ausserdem neue Begünstigungserklärungen mit Verzicht auf Widerruf ausgestellt. Demnach erkennt das Bundesgericht : Die Berufung des Beklagten wird abgewiesen, die Berufung der Klägerin dagegen im Sinne der Erwägungen gutgeheissen und die Sache zu neuer Entscheidung gemäss Ziff. 7 der Erwägungen an das Obergericht zurückgewiesen. 30. Ardt de la He Cour civile du 14 juin 1945 en la cause Sterkl contre dame Marguerat div. Sterki et ses. enfants Gilbert et Claudine. For de l'acUon en desaveu (art. 253 sv. ce, art.; 8 LF sur les rapports des citoyens etablis ou en sejour). L'action en desaveu ressortit a la juridiction du canton d'origine du mari, meme lorsque 180 legislation de ce canton et la legislation du canton de domicile des epoux prevoient pour cette action le for du domicile du defendeur .. Gerichtsstand der Ehelichkeitsanfechtungsklage (Art. 253 ff. ZGB, Art. 8 NAG). Die Klage auf Anfechtung der Ehelichkeit gehört vor die Gerichte des Heimatkantons des Ehemannes, selbst wenn die Gesetze sowohl dieses Kantons wie auch des Wohnsitzkantons der Ehegatten für solche Klagen den Wohnsitzgerichtsstand des Beklagten vorsehen. ForQ deU'azione di disconoscimentQ della paternita (art. 253 88. CC, art. 8 LF sui rapporti di diritto civile dei domiciliati e dei dimoranti). Familienrecht. NO 30. 143 L'azione di disconoscimento della paternita compete aHa giurisdizione del cantone d'origine del marito. Ci<> vale anche nel caso in cui 180 legislazione di questo cantone e quella del cantone di domicilio dei coniugicontemplino al riguardo il foro del domicilio della parte convenuta. A. - Robert Sterki, originaire de Biberist (canton de Soleure), a intenté a. Lausanne Oll il a son domicile une action en desaveu contre sa femme et ses enfants Gilbert et Claudine, en concluant a. ce qu'il soit declare n'etre pas le pere des deux enfants et a. ce que ceux-ci soient inscrits comme enfants illegitimes de la defenderesse. Le divorce des epoux Sterki a eM prononce a. Lausanne le 3 mars 1944. Par jugement du 27 octobre 1944, le Tribunal civil du district de Lausanne s'est declare incompetent pour connaitre de l'action en desaveu. Statuant le 6 decembre 1944 sur recours de Sterki, le Tribunal cantonal vaudois a oonfirme ce jugement. Se fondant sur l'art. 8 de la loi federale sur les rapports de droit civil des citoyens etablis ou en sejour et sur l'art. 59 T. fin. ce, il considere que l'action en desaveu ressortit A la juridiction du lieu d'origine. B. - Par son recours de droit civil, Sterki demande

l'annulation de cet arrêt et le renvoi de la cause à la juridiction cantonale pour qu'elle se saisisse de l'action. D'après le requérant, l'art. 8 de la Loi de 1891 ne s'applique que lorsqu'il existe entre deux cantons un conflit actuel, positif ou négatif. Rien ne justifie une intervention du droit fédéral dans le domaine de la procédure cantonale lorsque les deux législations en présence concordent pour désigner le même juge ou lorsque l'une d'elles est muette sur la question de compétence et qu'ainsi elle ne s'oppose pas à ce que le juge d'un autre canton connaisse de l'action. Or, en l'espèce, tant d'après la loi vaudoise que d'après la loi soleuroise, c'est le juge du domicile du mari qui est compétent. O. - La Chambre des recours du Tribunal cantonal vaudois se réfère aux considérants de son arrêt. Quant à la partie intimée, elle déclare s'en remettre à justice. 10 AS 71 II - .1945

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.